

N i e d e r s c h r i f t

über die 21. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 30.05.2012
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 17:02 Uhr
Ende: 19:24 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Markus Schneider

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Michael Strauss
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann

Mitglieder der SPD-Fraktion

Frau Petra Arend-Karl
Herr Alaattin Bayrak
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia
Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand

Frau Ursula Schlöber
Herr Alexander Schumacher

ab TOP ö 13

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

parteilos

Frau Lilo Friedrich

Rechnungsprüfung

Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Herr Kurt Hundenborn
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Dietmar Marx
Herr Uwe Trost
Herr Thomas Waters
Herr Anton Weber

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Peter Werner

Rechnungsprüfung

Herr Harald Beier

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth
Herr Max Herrmann
Herr Georg Thomanek

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 20. Sitzung des Rates am 28.03.2012 - öffentlicher Teil -
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0928
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW, "Anregung: Umwidmung der Deichstraße in eine Durchgangsstraße" VIII/0918
6. Satzung zur Neufassung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein" VIII/0894/1
7. Auflösung des Grundschulverbundes an der Armin-Maiwald-Schule VIII/0882
8. Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg VIII/0889
9. Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz - Anbau von drei Gruppen an bestehenden Kindertagesstätten im Berliner Viertel VIII/0897
10. Entwicklungs- und Bildungsmanagement Monheim am Rhein: Leitorientierungen und Grundsätze VIII/0903
11. Bebauungsplan Nr. 21 B(b) „Berghausener Straße, Schellberg“ - 3. Änderung Satzungsbeschluss VIII/0905
12. Bebauungsplan Nr. 58.1 M (a) 3. Änderung "Marienburgpark" - Satzungsbeschluss VIII/0892
13. Kriterien im Rahmen der neuen Ansiedlungsstrategie VIII/0931
14. Nachtragshaushalt 2012 VIII/0932
15. Wahl der Fachmitglieder des Umlegungsausschusses VIII/0899
16. Antrag von DIE LINKE vom 14.03.2012 "Umwandlung von Schlecker-Filiale in Dorfladen" VIII/0929

17. Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien VIII/0930
18. Mündliche Mitteilungen
- 18.1. Beantwortung einer mündlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Durchführung einer Umfrage innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr
- 18.2. Neubesetzung der Bereichsleiterstelle im Bereich Ordnung und Soziales zum 01.06.2012
- 18.3. Zusätzliche Ratssitzung am 24.10.2012 zur Einbringung des Haushaltes 2013
- 18.4. Mitteilung über die Verlegung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses
- 18.5. Vorstellung einer Werbe-Kampagne der städtischen Wirtschaftsförderung
- 18.6. Hinweis auf das Stadtfest, die Rathausrallye und den Besuch aus den Partnerstädten Tirat Carmel, Malbork und Wiener Neustadt
- 18.7. Pflege der Grünstreifen an Landstraßen
Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
19. Mündliche Anfragen
- 19.1. Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Fusion der Städtischen Betriebe Monheim mit den Städtischen Betrieben der Stadt Langenfeld"
- 19.2. Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Bebauungsabsichten auf dem Freigelände vor dem ehemaligen Shell-Gebäude"
- 19.3. Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Zukünftiger Standort der Musikschule"
- 19.4. Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Geländer der Rampe am Rheinanleger in Baumberg"
- 19.5. Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Sitzungsbeginn von Ratssitzungen"
- 19.6. Anfrage von Ratsherrn Schumacher - SPD - "Elektronische Anzeigetafeln am Busbahnhof"

- 19.7. Anfrage von Ratsherrn Anhut - FDP - "Hinweisbeschilderung zur Fachhochschule"
- 19.8. Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Akustik für Hörgeschädigte im Ratssaal"
- 19.9. Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Parksituation in der Benzstraße (Stichstraße zu Aldi)"
- 19.10. Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Bearbeitungsstand zur Umgestaltung Rathausplatz/Krischerstraße"
- 19.11. Anfrage von Ratsherrn Bayrak - SPD - "Parksituation auf dem Sackgassenteil der Weddinger Straße gegenüber dem Kinderspielplatz"
- 19.12. Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Wahlplakate der Partei pro NRW"
- 19.13. Hinweis von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Abschrägungen an Bürgersteigen im Ortsteil Baumberg und Zuwegung zur Bürgerwiese"

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 21. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er teilt mit, dass sich die Ratsmitglieder Herr Peter Werner und Herr Karl-Heinz Göbel - CDU - entschuldigt haben.

Das Ratsmitglied Herr Alexander Schumacher - SPD - wird verspätet an der Sitzung teilnehmen.

Anschließend weist der Bürgermeister auf die mit Schreiben vom 23.05.2012 in die Postfächer nachgereichten Unterlagen hin:

zu TOP ö 7, Vorlage VIII/0882, "Auflösung des Grundschulverbundes an der Armin-Maiwald-Schule"; Stellungnahme der Schulkonferenz als „neue“ Anlage 3

zu TOP nö 4, Vorlage VIII/0921/1, „Klageerhebung vor dem Verwaltungsgericht

Düsseldorf“; erweiterte und ergänzte Fassung zu der in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses verteilten Tischvorlage VIII/0921.

Weiterhin gibt der Bürgermeister den Hinweis auf die vor der Sitzung an die Plätze verteilte schriftliche Beantwortung einer mündlichen Anfrage der CDU-Fraktion in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Zusammenhang mit der Durchführung einer Umfrage innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung mit den durch den Bürgermeister vorgetragenen Hinweisen ergeben sich keine Bedenken.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 20. Sitzung des Rates am 28.03.2012 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen
Vorlage: VIII/0928**

Die Sprecherin der SPD-Fraktion fragt zu Vorlage VIII/0879 nach, warum die öffentlich-rechtliche Vereinbarung noch nicht abgeschlossen wurde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass man sich derzeit noch in Gesprächen mit dem Betreiber des Betriebskindergartens und der Firma befände. In der nächsten Ratsitzung werde darüber berichtet.

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

**5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW, "Anregung: Umwidmung der Deichstraße in eine Durchgangsstraße"
Vorlage: VIII/0918**

Der Bürgermeister weist auf die Verwaltungsvorlage hin, in der die Gründe für die Ablehnung der Bürgeranregung erläutert seien.

Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von PETO, SPD, Bündnis90/Die Grünen und FDP erklären, dass es zu diesem Thema noch einige Nachfragen gäbe und man deshalb die Vorlage zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr (ASUBV) verweisen solle. So stelle sich u.a. die Frage ob und bei welchen Straßen im Stadtgebiet die gleiche Situation wie bei der Deichstraße zuträfe. Es werden Fragen gestellt, wie generell bei Straßenbaumaßnahmen das Einstufungsverfahren aussehe.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Einordnung nach Straßenkategorien im Straßenverzeichnis, welches Anlage der Straßenreinigungssatzung sei, vorgenommen und durch den Rat beschlossen wurde. Um die Fragen konkret zu beantworten, hält er eine Verschiebung der Beratung im ASUBV für sinnvoll.

Der Sprecher der CDU-Fraktion fordert die Verwaltung auf, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr Erhebungen anzustellen und mitzuteilen, wie die Deichstraße nach heutigen Maßstäben eingestuft werden würde. Seiner Meinung nach weise die Deichstraße einen erheblichen Unterschied zu anderen Anliegerstraßen auf. Wie seine Vorrednerinnen und Vorredner plädiert auch er für eine Vertagung der Vorlage in den ASUBV.

Der Bürgermeister stellt fest, dass er die Verwaltungsvorlage heute nicht zur Abstimmung stellen werde, sondern er lasse über den Vorschlag abstimmen, die Vorlage zur weiteren Beratung in den ASUBV zu verweisen.

Beschluss:

Die Bürgeranregung wird zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr verwiesen.

einstimmig zugestimmt

6 Satzung zur Neufassung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein"
Vorlage: VIII/0894/1

Beschluss

Die Satzung zur Neufassung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Der Satzungstext ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

7 Auflösung des Grundschulverbundes an der Armin-Maiwald-Schule
Vorlage: VIII/0882

Beschluss

1. Zum Schuljahresbeginn 2012/2013 wird der Teilstandort Nord, Geschwister-Scholl-Straße 69, 40789 Monheim am Rhein, als eigenständiger Schulstandort des Grundschulverbundes Armin-Maiwald-Schule aufgelöst.

2. Gleichzeitig wird an dieser Stelle, befristet bis zum Ende des Schuljahres 2013/2014, eine Dependance der Armin-Maiwald-Schule errichtet.
3. Die Zügigkeit an der Armin-Maiwald-Schule wird auf drei Eingangsklassen festgelegt.

einstimmig zugestimmt

8 Schulraumoptimierung im Stadtteil Baumberg **Vorlage: VIII/0889**

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen schlägt vor, über den Punkt 2 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Dagegen werden keine Bedenken vorgebracht.

Beschluss:

1. Der für eine dreizügige Gemeinschaftsgrundschule im Offenen Ganztag erforderliche Schulraum der Armin-Maiwald-Schule wird durch einen Anbau auf dem Schulgrundstück an der Humboldtstraße bis zum Dezember 2013 auf Dauer sichergestellt. Die Verwaltung legt hierzu bis zu den bevorstehenden Sommerferien ein Planungs- und Finanzierungskonzept vor.
3. Die Stadt stellt dem Kreis Mettmann vom 01.01.2014 bis zum 15.08.2017 den nicht mehr für kommunale Zwecke benötigten Raum im Schulgebäude an der Geschwister-Scholl-Straße für den Betrieb der in Kreisträgerschaft geführten Paul-Maar-Schule/Hilden zur Verfügung.
4. Der bestehende, zum 31.08.2013 auslaufende Mietvertrag mit dem Kreis Mettmann über Teilflächen im Gebäude an der Geschwister-Scholl-Straße zur Unterbringung der Leo-Lionni-Schule wird nicht verlängert und durch eine neue bis zum 15.08.2017 befristete Regelung in einem mit dem Kreis Mettmann zu schließenden Mietvertrag über die Gesamtfläche des Schulgebäudes (siehe Beschlussvorschlag zu 3.) ersetzt.
5. Der bisherige Standort der Winrich-von-Kniprode-Schule an der Monheimer Straße bleibt auf Dauer erhalten.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

2. Die Nutzung des Schulgebäudes an der Geschwister-Scholl-Straße wird spätestens zum Ende des Jahres 2017 aufgegeben. Das Gebäude wird zurückgebaut. Die Grundstücksflächen werden zu Wohnbauzwecken überplant.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen: 12 PETO, 10 CDU, 3 FDP, 1 Frau Friedrich, 1 BM

11 Nein-Stimmen: 7 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke

mehrheitlich zugestimmt

**9 Sicherung des Rechtsanspruches auf einen Kindertagesstättenplatz - Anbau von drei Gruppen an bestehenden Kindertagesstätten im Berliner Viertel
Vorlage: VIII/0897**

Beschluss

1. Die erforderlichen drei Anbauten zur Schaffung der Raumressourcen für drei zusätzliche U3-Gruppen im Berliner Viertel werden durch Anbauten an den Kindertagesstätten Oranienburger Straße, Prenzlauer Straße und Grünauer Straße vorgesehen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung der drei U3-Anbauten bis zur Genehmigungsreife (Baugenehmigung) durchzuführen und auf dieser Grundlage die Fördermittel beim Landschaftsverband Rheinland (LVR) zu beantragen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Bewilligung der Fördermittel aus dem U3-Ausbauprogramm in Höhe von 540.000 € die Baumaßnahmen auszuschreiben und zu realisieren.
4. Für die Baumaßnahmen und Gruppeneinrichtungen werden insgesamt 1.340.000 € bereit gestellt.
Hiervon werden im Haushaltsjahr 2012 für die Planung und die Fördermittelbeantragung außerplanmäßige Mittel in Höhe von 90.000 € im Teilfinanzplan B im Produkt 51.07 (Kindertagesstätten) bereit gestellt.
Die Deckung erfolgt aus den Liquiditätsüberschüssen des laufenden Jahres.
Die übrigen Haushaltsmittel in Höhe von 1.250.000 € (netto 710.000€) sind im Teilfinanzplan B im Haushaltsjahr 2013 im Produkt 51.07 zu veranschlagen.

einstimmig zugestimmt

**10 Entwicklungs- und Bildungsmanagement Monheim am Rhein: Leitorientierungen und Grundsätze
Vorlage: VIII/0903**

Beschluss

1. Die in der AG gem. § 78 SGB VIII „Entwicklungs- und Bildungsmanage-

ment in Monheim am Rhein“ erarbeiteten und in der als Anlage beigefügten Dokumentation zum 2. Workshop auf Seite 3 aufgeführten Leitorientierungen und Grundsätze werden beschlossen. Die Anlage wird insoweit zum Bestandteil des Beschlusses.

2. Die Erweiterung der Besetzung der AG gem. § 78 SGB VIII „Entwicklungs- und Bildungsmanagement in Monheim am Rhein“ wird wie folgt empfohlen:
 - Eine Vertretung des Gesundheitsamtes des Kreises Mettmann soll um Teilnahme ersucht werden.
 - Teilnahme des Stadtteilmanagers
3. Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit der AG gem. § 78 SGB VIII „Entwicklungs- und Bildungsmanagement in Monheim am Rhein“ mit der konzeptionellen Entwicklung eines 'Bildungsbüros' beauftragt.

einstimmig zugestimmt

**11 Bebauungsplan Nr. 21 B(b) „Berghausener Straße, Schellberg“ - 3. Änderung Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0905**

Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung wurden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr. 05 zur Drucksache beschlossen.
- Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 21 B (b) „Berghausener Straße, Schellberg“ wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt

einstimmig zugestimmt

**12 Bebauungsplan Nr. 58.1 M (a) 3. Änderung "Marienburgpark"
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0892**

Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung wurden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 05 zur Drucksache beschlossen.
- Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 58.1 M (a) „Marienburgpark“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 Bau GB eine Begründung beigefügt.

einstimmig zugestimmt

13

Kriterien im Rahmen der neuen Ansiedlungsstrategie
Vorlage: VIII/0931

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen, CDU, FDP und SPD erklären ihre Zustimmung zu den vorgelegten Vergabekriterien und begrüßen u.a., dass in die Bewertungstabelle Anregungen aus vorangegangenen Beratungen, wie z.B. der Faktor Nachhaltigkeit, aufgenommen wurden.

Der Bürgermeister erklärt ergänzend, dass der Wirtschaftsförderungsbeirat kontinuierlich über die Ansiedlung neuer Unternehmen unterrichtet werde.

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die neuen Kriterien bei der Ansiedlung von Unternehmen und bei Erweiterungen von Bestandsunternehmen zur Vorbereitung des Verkaufs städtischer Gewerbegrundstücke anzuwenden.
2. Die Ansiedlungskriterien werden nach 12 Monaten hinsichtlich der Zielerreichung überprüft.

einstimmig zugestimmt

14

Nachtragshaushalt 2012
Vorlage: VIII/0932

Der Sprecher der CDU-Fraktion weist auf die Bereitstellung von zinsgünstigen Krediten für Gemeinden hin, um den Ausbau von U3-Betreuungsplätzen sicherzustellen bzw. zu beschleunigen. Er fragt nach und bittet um Klärung bis zur Beratung in den Fachausschüssen, ob die Stadt solche Kredite benötigen würde und ob - entsprechende Beschlussfassung vorausgesetzt - für die Beantragung bestimmte Fristen einzuhalten seien, um diese Kredite überhaupt erhalten zu können.

Da sich die Liquidität der Stadt zurzeit sehr positiv darstelle, werde eher versucht, Kredite abzulösen, sofern sich dazu die Möglichkeit ergäbe, erklärt dazu der Bürgermeister. Wirtschaftlicher sei es derzeit, liquide Mittel Zins bringend anzulegen.

Konkrete Berichterstattung dazu werde im Rahmen der Nachtragshaushaltsplanberatung im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2012 wird mit seinen Anlagen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

einstimmig zugestimmt

15 Wahl der Fachmitglieder des Umlegungsausschusses
Vorlage: VIII/0899

Der Bürgermeister teilt mit, dass der Beschlussvorschlag um Herrn Jürgen Störy (Stellvertreter des Grundstücksbewertungssachverständigen) ergänzt werden müsse. Herr Störy ist Vorsitzender des Gutachterausschusses der Stadt Ratingen.

Beschluss

Als Fachmitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Monheim am Rhein werden für die Dauer von fünf Jahren gewählt:

- Vorsitzender: Herr Wolfgang Lutze,
 - Stellvertreter: Herr Nils Hanheide
- Vermessungssachverständiger: Herr Dipl.-Ing. Gerd Spiecker
 - Stellvertreter: Herr Dipl.-Ing. Axel Willinghöfer
- Grundstücksbewertungssachverständiger: Herr Dipl.-Ing. Wolfgang Schwandke
 - Stellvertreter: Herr Jürgen Störy

einstimmig zugestimmt

16 Antrag von DIE LINKE vom 14.03.2012 "Umwandlung von Schlecker-Filiale in Dorfladen"
Vorlage: VIII/0929

Der Sprecher von Die Linke erläutert seinen Antrag und bittet um Auskunft zum Stand der Verhandlungen in Bezug auf die Ansiedlung einer Edeka-Filiale an der Berghausener Straße und den Entwicklungen im Einkaufszentrum Baumberg.

Der Bürgermeister teilt mit, dass im Einkaufszentrum Baumberg der Betreiber des Lebensmittelmarktes nicht mehr die Absicht verfolge, an- und auszubauen. Er plane nunmehr, die vorhandenen Flächen zu erneuern und in den vorhandenen Markt zu investieren. Die Verwaltung unterstützt den Eigentümer bei seinem Vorhaben im Bereich der ehemaligen Postfiliale mehrere Ladenlokale zusammenzulegen und dort einen zweiten Ankermieter zu etablieren. Bezüglich der Planungen an der Berghausener Straße teilt der Bürgermeister mit, dass der Investor daran interessiert sei, das von der Verwaltung vorgeschlagenen städtebauliche Konzept umzusetzen und dass die Verwaltung darauf achte, dass an diesem Standort die vom Rat gewünschte Edeka-Filiale angesiedelt werde.

Der Sprecher von Die Linke zieht den Antrag zurück.

17 Nachwahlen von Mitgliedern in Ausschüsse und Gremien
Vorlage: VIII/0930

Der Bürgermeister weist auf eine Änderung zum Antrag der CDU-Fraktion auf Nachbesetzung im Ausschuss für Öffentliches und Soziales hin. Anstelle von Herrn Kreuer soll Herr Harald Senft (Sachkundiger Bürger) an die 9. Stelle der Vertretungsliste rücken.

Ergänzend zu der Vorlage schlägt die PETO-Fraktion nachfolgende Umbesetzungen vor:

Jugendhilfeausschuss:

Ordentliches Mitglied: Frau Janne Oberdieck (RM) für Frau Brinja Noth (Sachkundige Bürgerin).

Umlegungsausschuss:

Herr Florian Große-Allermann (RM) für Herrn Jens Timmermann (RM).

Gegen die Erweiterungen des Beschlussvorschlages um die vorgenannten Änderungen bzw. Ergänzungen ergeben sich keine Bedenken.

Beschluss

Die Nachbesetzungen in den Ratsausschüssen für Öffentliches und Soziales und Jugendhilfe, im Umlegungsausschuss sowie im Aufsichtsrat der Monheimer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH werden wie in der als Anlage beigefügten Form beschlossen. Die ergänzte Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

18 Mündliche Mitteilungen

18.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Zusammenhang mit der Durchführung einer Umfrage innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr

Aufgrund der als Tischvorlage verteilten schriftlichen Beantwortung der Fragen der CDU-Fraktion in der HaFi-Sitzung entwickelt sich eine kontroverse Diskussion zwischen der Verwaltung und der CDU-Fraktion. Seitens der antragstellenden Fraktion wird besonders bemängelt wie die Verwaltung den Begriff „unabhängige Befragung“ ausgelegt habe und dass durch die Verwaltung kein Hinweis erfolgt sei, dass für eine externe Befragung Haushaltsmittel hätten bereit gestellt werden müssen. Außerdem wird bemängelt, dass der Inhalt des Fragebogens nicht dem Fachausschuss zur Beratung vorgelegt worden sei. Durch einen klar formulierten Antrag der CDU-Fraktion hätte der Verwaltung ein konkreter Arbeitsauftrag, ggf. mit einem vorformulierten Fragebogen, erteilt werden können, entgegnet der Bürgermeister. Er teilt mit, dass die bereits erfolgte Umfrage der freiwilligen Feuerwehr im Zusammenhang mit der noch durchzuführenden Umfrage bei den hauptamtlichen Feuerwehrkräften in anonymer Form wiederholt werden solle. Über die Ergebnisse dieser neuen Umfragen werde im Fachausschuss berichtet.

18.2 Neubesetzung der Bereichsleiterstelle im Bereich Ordnung und Soziales zum 01.06.2012

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Leiterin des Bereiches Ordnung und Soziales in den NRW-Landtag gewählt worden sei. Zum 01.06.2012 werde die Funktion des Bereichsleiters durch den bisherigen Leiter des Bereiches Schulen und Sport, Herrn Uwe Trost, wahrgenommen. Die bisherige Stelle von Herrn Trost werde vor Neubesetzung intern ausgeschrieben.

18.3 Zusätzliche Ratssitzung am 24.10.2012 zur Einbringung des Haushaltes 2013

Der Bürgermeister erklärt, dass der Haushalt für das Jahr 2013 bereits im Jahr 2012 verabschiedet werden solle. Deshalb werde eine zusätzliche Sitzung des Rates zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes erforderlich.

Die Sitzung findet statt am Mittwoch, 24. Oktober 2012, um 17.00 Uhr. Der Termin werde in den Terminkalender des Ratsinformationssystems aufgenommen.

Ergänzend weist der Bürgermeister darauf hin, dass die Online-Bürgerbeteiligung rechtzeitig vor den Haushaltsplanberatungen in den Fachausschüssen stattfinden solle.

18.4 Mitteilung über die Verlegung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Der Bürgermeister gibt den Hinweis auf die Verlegung der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 21.06.2012 auf Dienstag, den 26.06.2012, um 18.00 Uhr.

18.5 Vorstellung einer Werbe-Kampagne der städtischen Wirtschaftsförderung

Der Bürgermeister weist auf eine Kampagne der städtischen Wirtschaftsförderung hin. In den Wirtschaftsteilen verschiedener Tageszeitungen und in Fachzeitschriften würden Anzeigen geschaltet und außerdem in Düsseldorf und Neuss Großplakatwände aufgestellt, mit denen auf den landesweit niedrigsten Gewerbesteuersatz hingewiesen werde. Dies solle der Anwerbung weiterer Betriebe für die Ansiedlung am Standort Monheim am Rhein dienen. Der Bürgermeister erklärt, dass keine Plakate im Kreis Mettmann aufgestellt werden würden. Es sei geplant, im Laufe des Jahres die Werbekampagne auf den Raum Köln/Bonn auszuweiten. Über die Ergebnisse der statistischen Auswertung der durch die Kampagne erreichten Erfolge werde im Wirtschaftsförderungsbeirat berichtet.

Anhand von Folien werden die Anzeigen und Plakate vorgestellt.

18.6 Hinweis auf das Stadtfest, die Rathausrallye und den Besuch aus den Partnerstädten Tirat Carmel, Malbork und Wiener Neustadt

Der Bürgermeister weist auf das am Wochenende vom 1. bis 3. Juni 2012 stattfin-

dende Stadtfest hin. Am Sonntag werde ab 15.00 Uhr ein Prominenten-Skispringen stattfinden. Zum Stadtfest würden Delegationen aus den Partnerstädten aus Tirat Carmel und Malbork anwesend sein. Auch die Partnerstadt Wiener Neustadt sei vertreten. Er weist auch noch auf die am Sonntag zum dritten Mal parallel zum Stadtfest stattfindende Rathausrallye hin. Zu allen Veranstaltungen lädt er die Ratsmitglieder herzlich ein.

18.7 Pflege der Grünstreifen an Landstraßen

Die Verwaltung berichtet zu einem Unfallgeschehen auf der Bleerstraße. Auf Nachfrage habe der Landesbetrieb Straßen NRW mitgeteilt, dass er aufgrund geltender Regularien verpflichtet sei, im Turnus von zweimal jährlich die Grünstreifen entlang von Landstraßen zu mähen. Die Verwaltung habe jetzt mit den Städtischen Betrieben Monheim vereinbart, im Stadtgebiet an den Bereichen, wo Stadtstraßen auf Landstraßen einmünden, jährlich drei zusätzliche Mähdurchgänge auf städtische Kosten durchzuführen.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass ihr bekannt sei, dass der Unterhaltungspflichtige verpflichtet sei, dafür Sorge zu tragen, einen bestimmten Blickwinkel an Einmündungsbereichen freizuhalten. Sie bittet um rechtliche Prüfung, ob die Stadt bei Gefahr im Verzuge für den Landesstraßenbetrieb einspringen müsse. In diesem Falle müsse geprüft werden, ob die dafür entstehenden Kosten dann dem Unterhaltungspflichtigen in Rechnung gestellt werden könnten.

Die Verwaltung teilt mit, dass bereits in der Vergangenheit mit dieser Forderung an den Landesstraßenbetrieb herangetreten wurde. Es konnte für die Stadt Monheim am Rhein kein positives Ergebnis erzielt werden. Die angeregte Prüfung werde durchgeführt und über das Ergebnis berichtet.

Der Sprecher der CDU-Fraktion bittet um Prüfung der Möglichkeit, ob die Grünpflegearbeiten entlang der Landesstraßen auf dem Stadtgebiet von der Stadt Monheim am Rhein, gegen Kostenerstattung, übernommen werden könnten.

Der Bürgermeister sagt zu, auch diese Möglichkeit im Zusammenhang mit der rechtlichen Prüfung in Bezug auf eine Ersatzvornahme zu überprüfen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bittet außerdem um rechtliche Prüfung, ob für die Stadt Monheim am Rhein im Rahmen der Gefahrenabwehr eine eigene Verpflichtung vorliege, mit eigenen Mitteln die Missstände zu beseitigen, wenn der Landesbetrieb Straßen NRW nicht tätig werde. Schließlich könnten vor Ort bestehende Missstände eher erkannt werden, als durch den Straßenunterhaltungspflichtigen selbst.

Der Bürgermeister sagt entsprechende Überprüfung zu.

Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Hucklenbroich fragt nach der „Wiederherstellung“ des im Rahmen der Um-

baumaßnahmen des Busbahnhofes entfernten Zebrastreifens ungefähr in Höhe der Gaststätte „Am Dreieck“. Sie erklärt, dass die Überquerung der Straße Rathausplatz ohne Zebrastreifen sehr schwierig sei.

Der Bürgermeister führt aus, dass man nicht beabsichtige, den Zebrastreifen wieder einzurichten. Die Notwendigkeit für einen Zebrastreifen an dieser Stelle werde nicht gesehen.

19 Mündliche Anfragen

19.1 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Fusion der Städtischen Betriebe Monheim mit den Städtischen Betrieben der Stadt Langenfeld"

Herr Gronauer fragt nach, wann der Rat über die evtl. Fusion der Städtischen Betriebe Monheim am Rhein mit dem Betriebshof der Stadt Langenfeld informiert werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass Gespräche mit der Stadt Langenfeld geführt würden. Durch ein Gutachterbüro seien verschiedene Varianten bzgl. der Zusammenarbeit/Zusammenlegung der städtischen Betriebe Monheim am Rhein und Langenfeld vorgelegt worden. Die Wirtschaftlichkeit der Varianten müsse überprüft und abgewogen werden, bevor eine Vorlage erstellt und dem Rat vorgelegt werde. Derzeit liege noch kein Ergebnis vor.

19.2 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Bebauungsabsichten auf dem Freigelände vor dem ehemaligen Shell-Gebäude"

Herr Gronauer berichtet von Gerüchten, dass auf dem Freigelände vor dem ehemaligen Shell-Gebäude zwei Hochhäuser errichtet werden sollen. Er fragt nach, ob dies zutreffe oder ob für diesen Bereich andere Planungen vorgesehen seien.

Der Bürgermeister berichtet, dass ein Baukonzept des Investors, der den Rheinanleger erstellt, für den angesprochenen Bereich vorliege. Die Verwaltung beabsichtige eine Planung vorzulegen, die die Neustrukturierung des Stadteingangs im Bereich Rheinpromenade / Krischerstraße / Niederstraße vorsehe. Drei Planungsbüros seien beauftragt worden, hierfür Entwürfe vorzulegen. Die Ideenentwürfe zur Umgestaltung dieses Bereiches würden in einem Werkstattgespräch am 9. Juli vorgestellt. In einer Veranstaltung am 1. Juli würden die Planer die Umgestaltung des Einkaufsteils der Krischerstraße vorstellen. Die Fraktionen seien bereits schriftlich zu diesen Terminen eingeladen worden.

19.3 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Zukünftiger Standort der Musikschule"

Herr Gronauer fragt nach, wann mit Informationen zum Standort Musikschule Bregenzer Straße zu rechnen sei. Er bittet um schriftliche Antwort hinsichtlich des Sachstandes im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport.

Der Bürgermeister teilt mit, dass derzeit eine ausführliche Vorlage für die zukünftige Unterbringung der Musikschule erarbeitet werde, die eine dauerhafte Lösung als Ersatz für die jetzige Unterbringung in den Containerbauten an der Bregenzer Straße vorsehe.

19.4 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Geländer der Rampe am Rhein-anleger in Baumberg"

Herr Gronauer fragt nach, warum die gerade erst montierten Geländer an der Fuß- und Radwegrampe am Baumberger Rheinanleger wieder abgebaut worden seien. In diesem Zusammenhang fragt er unter Hinweis auf das Gewicht der Segmente, die bei jedem Hochwasser zu demontieren seien, nach, ob die Bauausführung dem Baubeschluss entspreche.

Die Verwaltung teilt mit, dass bereits bei Anlieferung der Geländer Transportschäden festgestellt worden seien. Trotz Bemänglung habe sich der Unternehmer nicht davon abbringen lassen, die beschädigten Elemente zu montieren. Erst aufgrund einer schriftlichen Bemänglung seien die Geländer entfernt worden. Die Abnahme der reparierten und neu montierten Geländer erfolge in den nächsten Tagen. Dann werde entschieden, ob die gelieferten Elemente jetzt den Anforderungen entsprächen. Hinsichtlich des Gewichts der Geländerelemente teilt die Verwaltung mit, dass die Städtischen Betriebe Monheim am Rhein mit in die Planung einbezogen worden seien. Die Rampe könne befahren werden und durch drei Mitarbeiter könnten dann die Geländerelemente auf das Fahrzeug aufgeladen werden.

19.5 Anfrage von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Sitzungsbeginn von Ratssitzungen"

Unter Hinweis auf die nicht so umfangreiche Tagesordnung der heutigen Ratssitzung und darauf hinweisend, dass die Tagesordnungspunkte alle vorherberaten seien, fragt Herr Gronauer nach, ob zukünftig in vergleichbaren Fällen die Möglichkeit flexibler Anfangszeiten gesehen werde. Er regt an, dann in der jeweils vorhergehenden HaFi-Sitzung die spätere Anfangszeit mit den Fraktionsvorsitzenden abzustimmen.

Der Bürgermeister stimmt in Bezug auf die heutige Sitzung Ratsherrn Gronauer zu. Es sei allerdings eher eine Ausnahme, dass eine Sitzung frühzeitig beendet werde. Oftmals sei nicht vorhersehbar, wie lange über bestimmte Angelegenheiten diskutiert werde. Deshalb könne dem Vorschlag nicht entsprochen werden.

19.6 Anfrage von Ratsherrn Schumacher - SPD - "Elektronische Anzeigetafeln am Busbahnhof"

Herr Schumacher fragt nach, wann damit zu rechnen sei, dass auf den Anzeigetafeln am Busbahnhof durch Herunterzählen der verbleibenden Zeit der nächste Bus

angezeigt werde.

Der Bürgermeister teilt mit, dass mit der angefragten Vorankündigung im Juni zu rechnen sei. Wegen eines Softwareproblems konnte die Anzeige bisher nicht wie geplant erfolgen. Das Betriebssystem der Busse sei mit dem der Anzeigetafeln nicht kompatibel gewesen. Man arbeite an einer Lösung.

19.7 Anfrage von Ratsherrn Anhut - FDP - "Hinweisbeschilderung zur Fachhochschule"

Herr Anhut fragt an, ob es möglich sei, auf den weißen Hinweisschildern, die auf den Monberg hinweisen, ebenfalls Hinweise auf die Hochschule anzubringen. Außerdem fragt Herr Anhut nach, wann mit der Pflege der Grünanlagen an der Hochschule gerechnet werden könne.

Der Bürgermeister erklärt, dass ihm gleiche Anfragen bereits von Herrn Dr. Schäfer zugeleitet worden seien. Er teilt mit, dass er durchaus die Möglichkeit sähe, die Schilder zu ergänzen, wenn die Hochschule die Kosten dafür übernehmen würde. Bezüglich der Pflege der Außenanlagen an der Hochschule weist der Bürgermeister auf den Mietvertrag zwischen der Hochschule und der SEG hin. Er sagt eine Pflege entsprechend den Bestimmungen aus dem Mietvertrag zu.

19.8 Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Akustik für Hörgeschädigte im Ratssaal"

Herr Goller weist auf hörgeschädigte Ratsmitglieder aus verschiedenen Fraktionen hin und fragt an, inwiefern die Tontechnik im Ratssaal um eine Induktionsschleifenanlage für Hörgeräteträger erweiterbar sei, damit diese den Sitzungen folgen können.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Prüfung der technischen Machbarkeit und die Ermittlung der Kosten noch in Arbeit sei. Über das Ergebnis werde unaufgefordert berichtet.

19.9 Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Parksituation in der Benzstraße (Stichstraße zu Aldi)"

Herr Goller weist auf die Parksituation auf der Benzstraße (Stichstraße zu Aldi) hin. Dort würden überwiegend nachts, aber auch tagsüber, hauptsächlich Lastkraftwagen und inzwischen auch Wohnwagen abgestellt. Er fragt an, ob diese Situation der Verwaltung bekannt sei und welche Möglichkeiten bestünden, dieses Parken zu verhindern.

Der Bürgermeister teilt mit, dass eine Überprüfung der Situation vorgenommen und hierüber berichtet werde.

19.10 Anfrage von Ratsherrn Goller - SPD - "Bearbeitungsstand zur Umgestaltung Rathausplatz/Krischerstraße"

Herr Goller fragt nach dem Sachstand der Arbeiten zur Umgestaltung der Krischerstraße und des Rathausplatzes im Eingangsbereich der Alten Schulstraße.

Die Verwaltung teilt mit, dass derzeit die Ausführungsplanung fertig gestellt und das Leistungsverzeichnis für die öffentliche Ausschreibung erstellt werde. Man plane weiterhin mit der Fertigstellung der Maßnahme bis zum Martinsmarkt.

19.11 Anfrage von Ratsherrn Bayrak - SPD - "Parksituation auf dem Sackgassenteil der Weddinger Straße gegenüber dem Kinderspielplatz"

Herr Bayrak weist auf die unzulängliche Verkehrssituation u.a. durch parkende Kraftfahrzeuge auf der Weddinger Straße im Bereich des Kinderspielplatzes hin. Er sieht in diesem Bereich ein hohes Gefahrenpotential für die Kinder, wenn diese vom Kinderspielplatz zwischen den parkenden Fahrzeugen hindurch die Straße überqueren, um zu den Wohnhäusern zu gelangen. Er bittet die Verwaltung um Überprüfung und ggf. durch geeignete Maßnahmen, z.B. Einrichtung eines Zebrastrreifens oder Vorgabe Schritttempo, für Abhilfe zu sorgen.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung der Verkehrssituation zu.

19.12 Anfrage von Ratsherrn Bosbach - CDU - "Wahlplakate der Partei pro NRW"

Herr Bosbach weist darauf hin, dass die Parteien gehalten seien, Wahlplakate frühzeitig nach Wahltagen wieder zu entfernen. Er habe feststellen können, dass die etablierten Parteien sich nach der Landtagswahl an diese Regelung gehalten hätten. Nur die Plakate von proNRW hätten noch lange ausgehangen. Zwischenzeitlich seien auch diese Plakate abgehängt worden, allerdings lägen diese auf den Bürgersteigen. Er fragt nach, ob der Verwaltung bekannt sei, durch wen die Plakate entfernt worden seien. Sollte die Verwaltung das im Wege der Ersatzvornahme erledigt haben, fragt er nach, ob die Partei proNRW zur Erstattung der Kosten aufgefordert werden würde.

Der Bürgermeister sagt Prüfung und schriftliche Beantwortung zu.

19.13 Hinweis von Ratsherrn Gronauer - CDU - "Abschrägungen an Bürgersteigen im Ortsteil Baumberg und Zuwegung zur Bürgerwiese"

Herr Gronauer nimmt Bezug auf zwei Anregungen der CDU-Fraktion, die zwischenzeitlich durch die Verwaltung umgesetzt worden seien. Es handelte sich einmal um die Abschrägung von Bordsteinen auf der Hauptstraße an dem Zebra-

streifen in Höhe des Einkaufsmarktes Plus. Damit sei die Querung jetzt auch für Rollstuhlfahrer und Menschen mit Rollatoren nutzbar. Des weiteren sei die Zuwegung zur Bürgerwiese Baumberg in einen ordentlich nutzbaren Zustand gebracht worden. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Umsetzung der Maßnahmen.

Der Bürgermeister gratuliert Rats Herrn Karl König herzlich zum Geburtstag. Die anwesenden Ratsmitglieder schließen sich den Glückwünschen an. Anschließend schließt der Bürgermeister den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht allen einen guten Heimweg.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin